

Haushaltsrede des Vorsitzenden der Fraktion „Offene Klever“, Udo Weinrich, in der 15. Sitzung der XI. Wahlperiode des Rates der Stadt Kleve am 14. Dezember 2022:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Der Stadtkämmerer hat in seiner Einbringungsrede unter anderem ausgeführt, *„die Prognoserisiken im kommenden Haushaltsjahr (sind) größer als sonst.“*

Den Haushaltsentwurf ohne verbindliche Rahmendaten vorzulegen, war jedoch nicht alternativlos.

Die Orientierungsdaten für die Finanz- und Ergebnisplanung der Kommunen fehlten, die Höhe der Landeszuweisungen an Kleve steht noch nicht fest, die aktuelle Steuerschätzung ist nicht eingearbeitet und die an den Kreis abzuführende Umlage wird erst morgen vom Kreistag beschlossen. Und heute, am Tag der Beschlussfassung über den Haushalt, musste der Verwaltungsrat der Umweltbetriebe in einer Sondersitzung seine bereits gefassten Beschlüsse zur Abfallbeseitigung, zur Stadtentwässerung und zur Straßenreinigung aufheben und gleich neu fassen. Dass der Landtag das Kommunalabgabengesetz am 7. Dezember 2022 ändern würde, war ebenso bekannt wie das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen aus Mai 2022. Die Stadtverwaltung hat auch bei diesem Thema aufs Abwarten vertraut.

Der Landeshaushalt und das Gemeindefinanzierungsgesetz stehen auf der Kippe, wie man der Tagespresse entnehmen kann.

Der Haushaltsentwurf hätte zu Beginn des kommenden Jahres mit den jetzt noch fehlenden Daten eingebracht, beraten und beschlossen werden können. Für diesen Weg hat sich auch Bürgermeister Gerwers in Rees entschieden. Er weiß: Begonnene Bauten sowie Beschaffungen, sonstige Investitionen und vertraglich abgesicherte Zuschüsse an Vereine und Verbände, die im laufenden Haushalt veranschlagt sind, dürfen auch ohne beschlossenen Haushalt fortgesetzt werden.

Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen finden nicht statt. Sie sind nicht vorgesehen. Wieso leisten wir uns den Luxus zahlreicher Ausschüsse ohne Entscheidungskompetenz? „*Vergessen wir nicht, dass ein Ausschuss ein beschließendes Organ ist*“, hat Herr Hiob heute gesagt. Aber der Sportausschuss darf nicht einmal über einen Zuschuss zur Anschaffung von Tischtennis-Platten entscheiden.

Von der Stadtspitze wurde dem Rat ein „*strenger Konsolidierungskurs*“ vorgeschlagen. Uns Ratsmitgliedern wurde empfohlen, „*auch unbeliebte Themen anzupacken*.“ Die Stadtverwaltung hielt sich da fein raus.

Der Haushaltsentwurf nimmt aber weder eine nachhaltige Kurskorrektur vor noch enthält er dazu

einen Vorschlag. Die hierzu von den „Offenen Klevern“ beantragte Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Haushalt“ wurde vom Rat ohne Aussprache alternativlos abgelehnt.

Die Finanzplanung der Stadt bis 2026 sieht jährlich wachsende Haushaltsdefizite vor. Ohne Kursänderung steuert Kleve auf ein Haushaltssicherungskonzept zu, das die Gestaltungsspielräume erheblich einschränken wird.

Den Anfang macht 2023 ein „*negatives Jahresergebnis*“ (Haushaltsloch) von rd. 4,9 Mio. EUR. Diese Zahl ist geschönt: finanzielle Belastungen durch „Corona“ und den Krieg in der Ukraine in Höhe von 3,8 Mio. EUR sind darin nicht enthalten. Dieses Minus wird in die Zukunft verlagert. Das ist „*bestenfalls eine kreative Bilanzpolitik*“, wie der Stadtkämmerer vor dem Rat eingeräumt hat. Die „Offenen Klever“ stimmen ihm zu.

Ohne Kurskorrektur, von der jedoch weder im Haushalt 2023 noch in der Finanzplanung bis 2026 eine Spur zu finden ist, wird Kleve von 2023 bis Ende 2025 von seinem Eigenkapital rd. 31 Mio. EUR verzehren, um Haushaltslöcher zu stopfen. Kleve verzehrt dann buchstäblich die eigene Substanz. Die Ausgleichsrücklage, meine Damen und Herren, ist kein Sparschwein oder in einem Banksafe gestapelt, sondern eine rein bilanztechnische Größe.

Diese Defizite sind weder ein Naturgesetz noch eine Folge des Ukraine-Kriegs, sondern das Resultat des schuldenfinanzierten Investitionsprogramms.

Bis 2026 werden über das Gebäudemanagement Investitionsmaßnahmen von rd. 222 Mio. EUR abgewickelt. Dafür werden bis 2026 Kredite von mehr als 116 Mio. EUR aufgenommen. Diese Schulden tauchen im Haushalt der Stadt Kleve jedoch nicht auf. Sie werden beim Gebäudemanagement „geparkt“.

Dessen hohe, stetig wachsenden Kreditschulden führen zu steigenden Belastungen im Haushalt der Stadt. Hier müssen nämlich die Ausgaben für Zinsen und Tilgung sowie die höheren Abschreibungen erwirtschaftet werden. Das schränkt die städtischen Handlungsmöglichkeiten weiter und nachhaltig ein. Hinzu kommt das Risiko steigender Kreditzinsen. Generationengerecht ist das auch nicht.

Das alles wird zusammengekommen wird bis 2026 zu einer Verdopplung des städtischen Zuschusses ans Gebäudemanagement auf mehr als 25 Mio. EUR führen. Wenn alles nach Plan läuft. Darauf weist der Stadtkämmerer zwar hin, aber das Investitionsprogramm stellt er nicht zur Diskussion.

Nicht alle, die vom schuldenfinanzierten Ausbau der kommunalen Infrastruktur profitieren werden, müssen sich an deren Finanzierung beteiligen. Geschont werden Gewerbesteuerzahlende,

während die Grundsteuer 2023 erhöht wird. Das ist weder nachhaltig noch sozial gerecht.

Der Haushaltsentwurf 2023 löst keine Probleme. Er überdeckt, verschiebt und verschärft sie.

Unter der Überschrift *„Kleves Stadtspitze trifft sich mit Politik zu Haushaltskonsolidierungen“* hatte der Bürgermeister Ende August 2022 in einer Pressemitteilung erklärt, es wäre *„wichtig, frühzeitig mit allen kommunalen Akteuren transparent und ergebnisoffen über potenzielle Lösungsansätze zu diskutieren.“*

Daraus schlossen die „Offenen Klever:“ Es gibt offensichtlich Handlungsbedarf bei den städtischen Finanzen.

Wir hatten ja schon zum Nachtragshaushalt 2022 erklärt, wir hielten es nicht für ausgeschlossen, dass irgendwann die Reißleine gezogen werden würde.

Die „Offenen Klever“ wollten das Versprechen der Stadtspitze von Transparenz und Offenheit einem Realitätscheck aussetzen. Das galt auch für den Leistungsumfang der Informations-Pipeline aus dem Rathaus.

Wir wollten den Kreis der Beteiligten erweitern: Zu den *„kommunalen Akteuren“*, mit denen die Stadtspitze über den Haushalt diskutieren wollte, zählte der Bürgermeister die Kleverinnen und Klever nicht.

Aber diese, insbesondere diejenigen, die städtische Leistungen nutzen oder in Anspruch nehmen, müssen an der Diskussion beteiligt werden, denn deren Resultate betreffen alle Menschen in dieser Stadt.

Wir hatten beantragt, die Bürgerinnen und Bürger über Presse, Soziale Medien, Einwohnerversammlungen sowie über die Homepage der Stadt um Vorschläge und Anregungen zu bitten, in welchen Aufgabenbereichen Einsparmöglichkeiten gesehen würden und wo nicht gespart werden sollte.

Die eingegangenen Vorschläge sollten mit dem Haushaltsentwurf 2023 vorgelegt werden.

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Von allen anderen Fraktionen. Ohne Begründung und alternativlos.

Die „Offenen Klever“ hatten in den leider nur zwei Gesprächsrunden zum Haushalt ihre Bereitschaft erklärt, auch unbequeme, unpopuläre Beschlüsse mitzutragen – unter der Voraussetzung von Gesprächen auf Augenhöhe und größtmöglicher Transparenz zwischen Rathaus und allen Fraktionen.

Doch weder die Stadtverwaltung noch andere Fraktionen griffen unsere Anregungen und Angebote auf. Ernsthafte Gespräche zur Haushalts- und Finanzplanung hat es nicht gegeben. Am Ende stand eine Excel-Liste mit Verwaltungsvorschlägen, zu denen jede Fraktion ihr Feedback geben sollte.

Eine finale Abstimmungsrunde fand nicht statt. Zu behaupten, Fraktionen und Verwaltung hätten sich auf Konsolidierungsmaßnahmen geeinigt, die im kommenden Haushalt greifen sollten, ist bestenfalls naiv. Dieser Haushaltsentwurf gleicht einer „Wundertüte“!

Haushaltsentwurf 2023 und Finanzplanung bis 2026 sind „schöngerechnet“. Dafür drei Beispiele:

- Die in der Finanzplanung bis 2026 zugrunde gelegten jährlichen Tarifierhöhungen von nur 2,4% in 2023 und 2% in den Jahren bis 2026 sind reines Wunschdenken. Diese moderate Erhöhung wird nicht reichen. Das lässt sich bereits jetzt aus der Tarifforderung von ver.di. für den öffentlichen Dienst in Höhe von 10,5% ableiten.
- Die Finanzplanung weist rückläufige Zinsausgaben aus. Der Kämmerer hat ein sinkendes Zinsniveau veranschlagt, das – mit dem Wissen von heute –unrealistisch ist.
- Die Ausgaben der Stadt für Baumaßnahmen, für die im Haushalt 2022 noch mehr als 12 Mio. EUR veranschlagt waren, sollen ab 2025 „0“ EUR betragen. – Es ist völlig unrealistisch anzunehmen, dass die Stadt in 2025f. ihre Bautätigkeit einstellt

Das Investitionsvolumen bis 2026, das schuldenfinanziert werden muss, beträgt laut

Berechnungen des Kämmerers rd. 244 Mio. EUR. Darin sind noch nicht eingerechnet: Sanierung Lehrschwimmbecken und Turnhalle „Marienschule“ in Materborn, Sanierung Turnhalle „Willibrord-Grundschule in Kellen und Errichtung eines Multifunktionsgebäudes am Sportzentrum Unterstadt. Hinzu kommt Unvorhergesehenes, das in den nächsten Jahren auch noch zu stemmen sein wird.

Die Position der „Offenen Klever“ dazu war und ist:

1. Das sehr ehrgeizige Investitionsprogramm, das in den Schattenhaushalten geparkt ist, sollte streng geprüft werden. Denn diese kreditfinanzierten Investitionen belasten die Haushalte mit jährlichen Abschreibungen, die das Jahresergebnis verschlechtern sowie mit Zins- und Tilgungsaufwand.
2. Das realistisch, mit eigenen Kräften Machbare sollte beschlossen und in den Haushalt eingestellt werden. Die Investitionsplanung der Stadt macht auf uns leider den Eindruck eines „Wunschzettels“.
3. Investitionsvorhaben sollten mit Blick auf städtische Personalressourcen (Planung/Durchführung), auf Auswirkungen auf den Klimaschutz in einer Prioritätenliste zusammengefasst werden inklusive Zeitleiste, Liquiditätsbedarf und Folgekosten. Der Rat

könnte auf einer deutlich breiteren Datenbasis entscheiden.

4. Investitionen sollten gegebenenfalls geschoben, „abgespeckt“ oder gestrichen werden.

„*Prioritäten müssen neu gesetzt werden*“, hat Herr Hiob gefordert. Ja, aber wann fangen wir damit an, ergebnisoffen und ohne Tabuthemen?

Dazu waren und sind wir bereit. Wir fürchten uns nicht davor, unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. Aber keine andere Fraktion wollte darüber reden.

Unsere Änderungsanträge enthalten folgende Forderungen:

- Zweckbindung der Einnahmen aus höheren Parkgebühren für den Ausbau des „Stadtbusses“.
- Ein „Trampelgeld“ für Schüler/innen, die auf ein Schülerticket verzichten und aufs Rad umsteigen. Wir wollten eine zweijährige Erprobungsphase. Der „Klimakämmerer“, der gesagt hatte, Klimaschutz bedeute auch, mehr Menschen aufs Rad zu bekommen (RP, 05.11.2021), empfahl die Ablehnung. Die anderen Fraktionen folgten ihm dabei. Alternativlos. Uns „tröstet“ die gigantische Summe von 15.000 EUR zur Umsetzung des Radwegekonzepts, die der Klimakämmerer für

2023 großzügig bereitgestellt hat. In 2022 betrug der Haushaltsansatz noch 50.000 EUR:

- Einen Gestaltungsbeirat für eine *„qualitätvolle, nachhaltige und zukunftsorientierte Planung“*. Der Gestaltungsbeirat sollte die *„Qualitätssicherung der Stadt“* übernehmen. Nachzulesen ist das in einem von der Stadt beauftragten Gutachten aus dem Jahr 2009.

Auch zum Stellenplan der Stadtverwaltung hatten wir gegenfinanzierte Änderungsanträge vorgelegt. Der „Klimaschutz“ soll zur Stabsstelle werden, wie es die Themen „Datenschutz“ und „Gleichstellung“ längst sind.

Die überraschend schon im kommenden Jahr freiwerdende Stelle des Technischen Beigeordneten sollte nicht mehr besetzt werden. Das Dezernat des technischen Beigeordneten könnte rechtlich und fachlich verwaltungsintern geleitet werden.

Eine moderne Verwaltung mit möglichst flachen Hierarchien ist das Ziel der „Offenen Klever“.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf setzt die Politik fort, die Kleve in diese Situation geführt hat. Herr Hiob hat das so zusammengefasst: *„Wir geben mehr aus als wir einnehmen, und das geht auf die Dauer nicht gut.“*

Die CDU hat aber nicht nur keine eigene Idee zur Lösung vorgelegt, sondern sich mit fremden Federn geschmückt: Sie hat einen sehr

laxen Umgang mit fremdem geistigem Eigentum an den Tag gelegt, Vorschläge des Stadtkämmerers einfach kopiert und mit ihrem Stempel versehen.

Trotz eines angeblichen „Klimakämmerers“ gibt es in Kleve leider noch keine Gestaltungsmehrheit für Klimaschutz, Windkraft und Verkehrswende.

Im Gegenteil: Der „Klimakämmerer“ und die große Mehrheit, die ihm folgt, hat folgende Entscheidungen mitzuverantworten.

- Der Klimaschutzfahrplan wird nicht aktualisiert.
- Das Budget für Klimaschutzmaßnahmen der Stadt wird um 50% gekürzt.
- Die Baumschutz-Satzung wird nicht überarbeitet.
- „Umweltberichte“ und „Landschaftspflegerische Fachbeiträge“ werden nicht im Fachbereich „Klimaschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit“ bearbeitet.
- Der Klimaschutzmanager wird nicht als Stabsstelle aufgewertet und gesichert. Dazu passt, dass das Budget für den Klimamanager halbiert wird.
- Ausgleichsmaßnahmen für erhaltenswerte Bäume werden um 75% gekürzt.

Haushaltsrede der „Offenen Klever“ (14.12.2022)

- Die Umsetzung des „Grünkonzepts“, für das in diesem Jahr 50.000 EUR veranschlagt worden waren, lässt auf sich warten.
- Die thermografische Untersuchung des Stadtgebiets hat nicht stattgefunden.
- Die Festlegung von Windenergiezonen im Stadtgebiet Kleve wird abgelehnt.
- Neu- und Umbauten der Stadt können auch zukünftig mit fossilen Brennstoffen beheizt werden.

Die „Offenen Klever“ werden sich ernsthaften Bemühungen zur Sicherung der finanz- und klimapolitischen Handlungsfähigkeit der Stadt Kleve niemals entziehen oder gar widersetzen. Für Haushaltskosmetik und das gegenseitige Schonen und Mästen „Heiliger Kühe“ sind wir jedoch nicht zu haben. Weitere unverbindliche Konsolidierungstreffen reichen nicht aus.

Einer Politik des Vertagens und Verschiebens wichtiger Entscheidungen können die „Offenen Klever“ nicht zustimmen.

Wir lehnen den Haushalt 2023 ab.